

Andreas Graf von Bernstorff Häusserstr. 38 69115 Heidelberg

Vorbemerkung: ich bin kein Sachverständiger in Sachen Endlagerung, sondern ein Handwerker in Campaigning und strategischer Kommunikation.

Zu den Fragestellungen:

Vom Loser zum Winner oder Wie wird der Schwarze Peter zum Held?

Ich würde so eine Debatte nicht mit Euphemismen wie Winner und Held einleiten. Übrigens müsste es „zum Helden“ heißen. Gemeint ist wahrscheinlich eine Loser-Bevölkerung, die durch ihre Bereitschaft, Atommüll anzunehmen, zu Helden wird oder nach den Vorstellungen der Grünen werden soll. Möchten die Grünen die Wendlandbevölkerung jetzt als Loser und Schwarze Peter darstellen / dargestellt sehen? Sind die Grünen dann nicht selbst die bis vor kurzem Ober-Loser?

Nein, die Grünen sind, bei aller Bescheidenheit, die größten Gewinner des Jahrzehnts! Und die Wendlandbevölkerung mit ihrem Unterstützungsumfeld die im Kontext Atomenergie größten „Helden“, wenn man das unbedingt so nennen will. Und dies gilt es in aller Ruhe und mit dem gehörigen Stolz auch verbal zu vermitteln.

In der Endlagerfrage geht es nun aber nicht um Gewinnen und Heroismus. Aber wenn schon: Helden riskieren etwas bei Strafe des Untergangs. Dabei geht es hier ja gerade um die möglichst gefahrlose Endlagerung. Wenn also Grüne als erstes „Risiko“ kommunizieren und dann zum edlen Wettstreit auffordern, wirkt das unernst und aufgesetzt. In diesem Kontext ist nicht Saloppheit gefragt sondern zuerst die ernste tiefe Freude über einen grandiosen Erfolg: den Ausstieg. Dann die sorgfältige Besinnung über den eigenen Rollenwechsel und der ergebnisoffene Entscheidungsprozess.

Wie vermeiden wir bei der Endlagersuche Mörfelden, Gorleben, Stuttgart 21?

Man vermeidet den Konflikt um formal rechtmäßig zustande gekommene, aber dennoch u.U. illegitime Projekte nur durch komplette Transparenz, maximale frühzeitige Beteiligung und solides Vertrauensverhältnis, s.u.

Aber wer sind jetzt **wir**? Ist denn so klar, in welcher Rolle **wir** als Grüne in der Opposition, als (Mit-) Regierung wir was von dem Obigen „vermeiden“ wollen?

Wie gewinnt die Gesellschaft wieder Vertrauen in Politik und Behörden?

Vertrauen lässt sich nicht kommunizieren, Vertrauen fasst man nach guten Erfahrungen. „Die Gesellschaft“ schenkt, ja schenkt Vertrauen nach wiederholter Erfahrung mit gutem Umgang. Mit allen Ebenen und Facetten von Regierungshandeln. Allen Zuständigen. Good Governance ist gefragt.

Wie gelingt ein Paradigmenwechsel vom Widerstand gegen das Atomklo der Republik zur Übernahme von Verantwortung?

Das ist die wichtigste Frage, ob und wie jemand, dem auf den Kopf geschissen werden soll, sich zum verantwortungsbereiten Entsorgungspartner entwickeln kann.

Der Paradigmenwechsel kann nicht eingefordert werden. Die politische Klasse kann ihn zunächst nur für sich selbst erarbeiten. Top down. Die Bundesregierung / BMU, jede Landesregierung mit ihren nachgeordneten Behörden, jeder Landrat, jede Oberbürgermeisterin, alle gewählten Volksvertreterinnen müssen vorbehaltlos der Erkundung ihres Umfeldes zustimmen. Die Parteien müssen das in ihren Reihen um- und durchsetzen. Jeder, der oder die Verantwortung trägt, muss sie auch an dieser Stelle offensiv übernehmen.

Auf Bundesebene muss das taktische Changieren zwischen Bergrecht, Abfall- und Atomrecht beendet werden durch ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Sondergesetzgebung über Nuklearabfälle für eine Million Jahre, ein komplett singuläres – weil auf ewig strahlendes - Problem. Mit dem sich hunderte von Generationen immer wieder beschäftigen werden müssen. Wir können sie dazu zwar nicht zwingen, aber es ihnen doch dringend nahelegen, sich mit unseren Sünden und deren Bewältigung zu befassen.

Die Politik muss deshalb den Ausstieg noch deutlicher besiegeln.

Sie muss die großen Energiekonzerne zu einer überzeugenden Gestaltung der Energiewende bewegen.

Ich vermute: Der Endlagerfindungsprozess kann nur als ein notwendiges Element von Energiewende *als einer gesamtgesellschaftlichen Wende* akzeptabel gemacht werden.

Wie gelingt es den Auswahlprozess mit hoher Wertschätzung für die betroffenen Regionen zu verbinden?

Nur mit kompletter Transparenz und maximaler Beteiligung. In die Auswahlprozesse müssen an allen Standorten von vorn herein auch die Opponenten einbezogen werden, nicht erst, wenn die Planungen fertig sind bzw die Planfeststellungsverfahren eröffnet werden, wie in den heute üblichen Beteiligungsverfahren.

Die Transparenz muss sofort beginnen, zum Beispiel mit kompletter Offenlegung der Messwerte der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) für das Bundesumweltministerium (BMU) bezüglich der Strahlungsintensität bei Gorleben im November 2011.

Dies ist keine primär kommunikative Aufgabe, die Kommunikation folgt der technischen Lösung: die Wertschätzung, das ist eigentlich das Lebensinteresse, drückt sich zuerst in Technik aus: eine fehlerfreundliche Standortgestaltung mit Mehrbarriersystemen, wo die Abfälle sicher liegen und schnell auch geborgen und umgelagert werden können, muss in einer Region die Sicherheit vermitteln, dass hier nichts Unwiderrufliches geschehen ist, sondern in einem offenen Prozess gemanagt und auch umgeplant werden kann. Gefährliche Abfälle müssen an ihrem jeweiligen Lagerort chargenbezogen identifizierbar und rückholbar sein – wie es übrigens für industrielle Sonderabfälle, „Giftmüll“, vielerorts seit Jahrzehnten geübte Praxis ist.

Der ganze Entscheidungsprozess und das Ergebnis von Entscheidungsprozessen müssen rückholbar, revidierbar sein und bleiben. Machen wir uns nichts vor: dies ist ein Projekt für Jahrzehnte und Jahrhunderte. Es beschäftigt hunderte wenn nicht tausende von Generationen.

Die politische Kommunikation vermittelt also nicht zuerst wie oben Risiko „sei ein Held“ sondern Offenheit, Solidarität und die Sicherheit: „Ich (als Verantwortungsträger) entscheide nicht ohne dich“. Wir tragen eine gemeinsame Verantwortung.

Was haben Bürger davon diese Aufgabe für die Gesellschaft zu schultern?

Nichts. Außer Unbehagen, diffuse Ängste, Inferioritätsempfinden. Imageschädigung, Wertminderung von Liegenschaften und Immobilien.

Um öffentliche Wertschätzung, Anerkennung und *Ausgleich* muss die Politik sich bemühen. Wie kann Ausgleich aussehen und gestaltet werden?

Was lernen wir für unseren Prozess aus positiven Beispielen?

Dass man nicht nur die „anerkannten Verbände“ sondern die breite Bevölkerung und zwar *vor* jeder Planung einbeziehen muss.

(Ich gehe davon aus, dass die Experten Beispiele aus der Schweiz und Schweden referieren).

Was lernen wir aus Gorleben?

Du sollst nicht lügen und leg dich nicht mit Bernstorffs an.